



Vorab per Email info@djsg.gr.ch
Departement für Justiz, Sicherheit
und Gesundheit Graubünden
Dr. Christian Rathgeb
Hofgraben 5
7000 Chur

21.01.2015

Vernehmlassung zum Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz)

Sehr geehrter Herr Dr. Christian Rathgeb

Im Rahmen der Vernehmlassung zur oben rubrizierten Vernehmlassung nimmt die SVP Graubünden wie folgt Stellung:

Der Kanton Graubünden hat in Vereinbarung mit dem strategischen Ziel die Reduktion der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen auf Personen, welche zwingend auf die Pflege in einem Pflegeheim angewiesen sind, ins Auge gefasst. Gemäss dem Regierungsprogramm soll die Bevorzugung von Pflegeheimplätzen gegenüber alternative Wohnformen durch wohnformunabhängige Beiträge ersetzt werden. **Dies ist grundsätzlich zu begrüßen.**

Dem Bericht ist ebenfalls zu entnehmen, dass sich der Kanton Graubünden zum Ziel gesetzt hat, die Rahmenplanung der Pflegeheime schrittweise zu senken, längerfristig von der aktuellen Quote 2010 von 25% auf 20 % (Altersleitbild 2025). Die Bedarfsberechnung von Tarifsuisse basiert auf dem empfohlenen Richtwert des Kantons St. Gallen 29% der über 80-jährigen. So gesehen, hat der Kanton Graubünden aktuell bereits zu wenig Pflegeheimplätze und möchte diese Quote noch weiter senken.

Der Kanton sieht die Gemeinden oder private Trägerschaften als Bauherren von „betreuten Wohnungen“, wobei der Kanton keinen finanziellen Beitrag leistet (neu subjektorientierte anstatt objektorientierte Finanzierung). Die SVP Graubünden sieht es als schwierig an, dass alle Gemeinden oder Gemeindeverbände in der finanziellen Lage sind, solche Bauten ohne die finanzielle Unterstützung des Kantons zu realisieren. Entsprechend kann es durchaus sein, sollten private Trägerschaften abgeschreckt von einer hohen Regulationsdichte keine solchen Bauten finanzieren, dass diese Idee des betreuten Wohnens in gewissen Regionen nur schwer zu realisieren ist und ein entsprechender Bettenmangel entsteht.



SVP Graubünden, Sekretariat, Postfach 415, 7270 Davos Platz
Telefon 081 413 09 15, Mobile 079 658 20 10, www.svp-gr.ch



Entsprechend ist es essentiell, dass der Kanton die Hürden für die Erstellung von Bauten betreuten Wohnens bzw. Wohnen im Alter möglichst tief hält und vor allem dass die bereits bestehenden Objekte betreuten Wohnens entsprechend anerkannt werden. Dies bedingt eine möglichst tiefe Regelungsdichte und eine jeweils auf die Situation angepasste Beurteilung. Zum Beispiel spielt es aus unserer Sicht eine wesentliche Rolle in der Beurteilung der Situation, wenn das betreute Wohnen im unmittelbaren Umfeld eines Pflegeheimes angesiedelt ist; dann stehen bereits gute Infrastrukturen zur Verfügung, welche von den Bewohnern des betreuten Wohnens genutzt werden können.

Daher fordert die SVP Graubünden:

Der Kanton soll keine allzu restriktiven Anerkennungskriterien vorgeben, welche die gewünschte Privatinitiative hemmen. Beschränkung der Anerkennungskriterien auf Vorgaben zum behindertengerechten Bauen, Verfügbarkeit von Betreuungsleistungen auf individuelle Nachfrage sowie ein 24 Std. Notfallkonzept.

Wir weisen darauf hin, dass mit dem vorliegenden Entwurf für eine „Teilrevision des Gesetzes über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen“ es zu einer nicht wünschenswerten Verschiebung der Kosten vom Kanton zulasten der Gemeinden und Krankenversicherer kommen wird, welche dann ihrerseits die Kosten auf die Versicherten überwälzen werden. **In diesem Bereich ist eine Überarbeitung der Vorlage wünschenswert.**

Wir bedanken uns für die Gelegenheit der Stellungnahme und die Beachtung unserer Argumente.

Freundliche Grüße
SVP Graubünden



Nationalrat Heinz Brand
Präsident